

# DER KOMMUNEN-PODCAST

Zukunftsthemen für kommunale Gestalter:innen

[kommune360.de/kommunenpodcast](http://kommune360.de/kommunenpodcast)

Staffel 1 | Blickpunkt Kinder- und Jugendbeteiligung

Folge 1 | 09.11.2021

## Kinder- und Jugendbeteiligung: für Kind und Kommune



**DER KOMMUNEN-PODCAST ist ein Podcast von Kommune 360°, einer Initiative von PHINEO, der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung und der Auridis Stiftung. Die erste Staffel entsteht in Zusammenarbeit mit dem Programm "Jugend entscheidet" der gemeinnützigen Hertie Stiftung und wird zusätzlich gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.**

Der Kommunen-Podcast – Zukunftsthemen für kommunale Gestalter:innen

**„Wenn jemand kommt und sagt: `Hey, ich frage dich nach deiner Meinung`, ist das schon ein hohes Maß an Wertschätzung.“ (Carsten Roeder)**

**„Aber auf der anderen Seite versprechen wir uns ehrlicherweise auch neue Impulse von den Jugendlichen. Und auch die Abbildung der jugendlichen Interessen bei Entscheidungsfindungen für all das, was im Stadtrat dann tatsächlich auch stattfindet.“ (Katrin Albsteiger)**

**„Das bedeutet, dass wir als Erwachsene auch die Pflicht haben, sie zu fragen. Also proaktiv hinzugehen und zu sagen: „Was ist deine Meinung zu...?“. Und gleichzeitig bedeutet das eine Risikobereitschaft, Zuversicht und Vertrauen in die Kompetenz von Kindern und Jugendlichen zu haben. Also eine Grundannahme: Die können ganz viel.“ (Carsten Roeder)**

**Annegret Richter:** Hallo und herzlich willkommen! Sie hören die erste Folge des Kommunenpodcasts - Zukunftsthemen für kommunale Gestalter:innen. Mein Name ist Annegret Richter und ich begleite Sie von nun an durch diesen Podcast. Ich freue mich sehr, dass Sie dabei sind, denn heute geht es um ein Thema, das wohl wie kein anderes die Kommune der Zukunft ausmacht und trotzdem nur selten zum kommunalen Alltag gehört: Kinder- und Jugendbeteiligung. Also die aktive Teilhabe von jungen

Menschen an Planungs- und Entscheidungsprozessen unseres Zusammenlebens in den Städten und Gemeinden. Warum das noch nicht Alltag in jeder Kommune ist, dafür fallen wahrscheinlich jedem von Ihnen sofort ein paar Gründe ein. Geld- und Zeitmangel stehen sicherlich ganz oben auf der Liste - aber auch Unklarheit. Wer ist in der Stadtverwaltung oder der Politik überhaupt verantwortlich? Wer hat die nötige Fachkompetenz für das Thema? Beziehungsweise in welchem Prozess und an welcher Stelle ist es überhaupt sinnvoll, die jungen Mitbürgerinnen und Mitbürger einzuspannen? Und was haben wir als Kommune davon? Es gibt richtig viele gute Gründe, warum Kinder und Jugendliche das kommunale Handeln mitgestalten sollten. Deshalb sprechen wir in dieser Folge darüber, welchen Mehrwert die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen für die Kommune, aber auch für die jungen Bürgerinnen und Bürger selbst hat. Der Gast, mit dem ich mich heute darüber unterhalten möchte, ist Carsten Roeder. Er ist Abteilungsleiter des Kinder- und Jugendbüros der Stadt Itzehoe in Schleswig-Holstein. Zumindest in Itzehoe dürfte also klar sein, wer das Thema Partizipation von Kindern und Jugendlichen auf dem Tisch hat. Aber ich werde mich heute nicht nur ausführlich mit Herrn Roeder unterhalten. In unserer Rubrik *Nachgefragt* wird die Oberbürgermeisterin von Neu-Ulm, Katrin Albsteiger, einen Einblick darin geben, welchen positiven Einfluss Kinder- und Jugendbeteiligung in Ihrer Bayerischen Kommune hat. Aber zuerst, Herr Roeder, eine grundsätzliche Frage an Sie.

[03:00]

**Carsten Roeder:** Moin Frau Richter.

**Annegret Richter:** Guten Morgen, Herr Roeder! Was haben denn eigentlich Kinder- und Jugendliche selbst von der Beteiligung an Planungs- und Entscheidungsprozessen in der Kommune? Könnten Sie das ein bisschen ausführen?

**Carsten Roeder:** Ich kann das ganz kurz sagen. Was Kinder und Jugendliche an der Stelle wirklich davon haben, müsste man sie natürlich direkt fragen. Aber zwei Dinge kann ich aus meiner Erfahrung - und ich bin schon lange dabei - sagen: Zwei Erfahrungen, die die Kinder und Jugendlichen machen. Die erste ist eine recht einfache. Man hört mir zu. Ich werde gehört. Jemand will wissen, was ich denke, was ich plane, was ich blöd finde, was ich gut finde. Und wenn jemand kommt und sagt: „Hey, ich frage dich nach deiner Meinung“, ist das schon ein hohes Maß an Wertschätzung. Unabhängig davon, was ich sage, was passiert oder auch nicht passiert. Wir haben das in der Corona-Geschichte immer wieder gehört, dass Jugendliche sagten: „Wir wurden nicht gehört.“ Der ein oder andere wird sich gefragt haben: „Was hätte es gebracht, wenn ihr was gesagt hättet?“ Aber trotzdem: Ernst genommen zu werden, hat mit Gehör zu tun. Und wenn das dann richtig gut läuft mit der Beteiligung, dann kommt sogar noch ein zweiter Faktor dazu, was die davon haben. Und zwar ist das der Satz: „Ich kann was bewirken.“ Also offensichtlich ist das, was ich gesagt habe, nicht einfach nur so dahingesagt, sondern da hat jemand drüber nachgedacht. Da haben sich andere Gedanken dazu gemacht, haben vielleicht noch mal eine andere Meinung, gehen mit mir in den Austausch, streiten sich vielleicht sogar mit mir. Und hey, das ist doch das Größte, wenn tatsächlich so ein erwachsener Verwaltungsmensch, Bürgermeisterin oder sonst was zu den Jugendlichen kommt und sagt: „Wir müssen uns nochmal streiten. Ich bin nicht mit euch einer Meinung.“ Das ist doch vom Prinzip her toll, wenn da jemand kommt und sagt: „Du bist mir so wichtig, dass ich mich mit dir streiten möchte.“ Und dieses *„Ich kann was bewirken“* ist eine Erfahrung, die dann passiert, wenn Kinder und Jugendliche Ideen in der Beteiligung bekommen, die auch tatsächlich in die Umsetzung gehen. Das kann man sich ja denken. Derjenige, der am Spielplatz vorbeigeht und sagt: „Hey, gucke mal, den habe ich geplant“

oder aber: „In der Schulordnung habe ich dafür gesorgt, dass die zwei, drei unsinnigen Regelungen weg sind“ - das ist Selbstwirksamkeitserfahrung.

[04:57]

**„Ich habe mal gelernt, Kinder und Jugendliche nehmen die Umwelt, in der sie aufwachsen, als Norm - unabhängig vom Grad ihrer Zerstörung.“**

**Annegret Richter:** An welchen Themen und an welchen Prozessen wollen denn Kinder und Jugendliche überhaupt beteiligt werden? Und wie bekommt man sie überhaupt dazu, sich zu beteiligen?

[05:05]

**Carsten Roeder:** Ich habe mal gelernt, Kinder und Jugendliche nehmen die Umwelt, in der sie aufwachsen, als Norm - unabhängig vom Grad ihrer Zerstörung. Das heißt: Ein Kind wächst auf und stellt ja nicht als allererstes fest: Oh, das passt nicht, das passt nicht, das passt nicht. Sondern es nimmt das erstmal als Normalzustand. Welch ein Glück! Sonst hätten wir nur unglückliche Kinder. Nun kommen die Kinder irgendwann aber an den Punkt, wo sie sagen: „Jetzt bin ich mit etwas unzufrieden, das gefällt mir nicht an der ganzen Geschichte.“ Und wenn sie jetzt die Erfahrung gemacht haben, sich selbst darum kümmern zu müssen, dass sich das ändert - jetzt bin ich wieder bei meiner Selbstwirksamkeit von der ersten Frage -, dann wollen sie natürlich auch an diesen Dingen, die sie nerven, beteiligt werden. Das ist aber nicht zwingend der Punkt. Ich habe keine Ahnung, was tatsächlich die Perspektive der Jugendlichen ist und woran sie beteiligt werden wollen. Wenn ich sie selbst frage, dann kommt manchmal etwas, häufig aber auch nicht unbedingt. Oft ist es so, dass die Bereitschaft zur Beteiligung enorm ist. Ein klassischer Fall wäre die Schulwegsicherung einer Wohngebietsplanung. Dann frage ich Jugendliche: „Habt ihr Lust? Wollt ihr mir als jugendliche Experten helfen? Kann ich eure Stimme dazu haben? Wollt ihr beteiligt werden?“ Ganz häufig entgegnen die Jugendlichen dann: „Ja klar, gerne, wenn wir dir einen Gefallen tun. Ist doch auch eine super Idee. Endlich hört uns mal einer zu!“ Die wären aber nicht von sich aus gekommen und hätten gesagt: „Mensch, könnt ihr uns mal übrigens an der Wohngebietsplanung beteiligen?“ Das passiert nicht automatisch. Der offen deklarierte Wunsch Jugendlicher, sich beteiligen zu

wollen - der letzte offen deklarierte Wunsch, den ich immer wieder höre - ist Fridays for Future. Ansonsten eher nicht. Dafür gibt es trotzdem ein schönes Beispiel: Im Rahmen von Innenstadtgestaltung hatten wir mit Jugendlichen ein Beteiligungsformat gemacht. Hier ging es auch darum, dass im Rahmen dieser Innenstadtgestaltung der Zentrale Omnibus Bahnhof (ZOB) wahrscheinlich verlegt werden sollte. Und die Jugendlichen haben gesagt: „Wenn ihr den verlegt, dann wollen wir beteiligt werden.“ Worauf meine Kollegin – Verkehrsexpertin – sagte: „Wieso das denn?“ Worauf die Jugendlichen entgegneten: „Wisst ihr was, wir sind ganz viele Fahrschüler. Wir halten uns hier teilweise ein, zwei Stunden auf, bis der nächste blöde Bus wieder fährt. Da sollte das Ding schon so aussehen, dass wir uns dort gerne aufhalten.“ Also, das ist jetzt ein Hinweis gewesen, den habe ich mir auch so denken können. Den hat jedoch die Kollegin erstmal aufgenommen, mit den Worten: „Das ist ja interessant. An Aufenthaltsqualität für junge Menschen am ZOB habe ich noch nicht gedacht.“ Das ist also etwas, was mal genannt wurde.

[07:23]

**Annegret Richter:** Das ist ein sehr gutes Beispiel für die Notwendigkeit der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Und es zeigt ja auch direkt, wie die Kommune davon profitiert. Über diesen Mehrwert für die Kommune erfahren wir gleich noch mehr von Katrin Albsteiger, der Oberbürgermeisterin von Neu-Ulm. Sie erzählt, wie die Zusammenarbeit von Politik und Vermarktung in der Donau-Stadt funktioniert.

[07:48]

---

## NACHGEFRAGT

**Katrin Albsteiger:** Wir haben schon vor einigen Jahren angefangen, regelmäßig einen Jugendtag zu veranstalten. Das ist ein Tag, an dem die Jugendlichen ihre Themen mit in's Rathaus bringen können, dort alles gemeinsam aufgearbeitet wird und zum Schluss dann in einer Fish-Bowl-Diskussion diskutiert wird. Das ist eine sehr erfolgreiche Veranstaltung, die sich großer Beliebtheit erfreut, in der immer neue Impulse entstehen. Jetzt hat sich die Stadt im vergangenen Jahr bei der Hertie-Stiftung beworben für

das Projekt 'Jugend entscheidet'. Hierbei geht es darum, Jugendliche im Alter von 12 bis 15 Jahren die Gelegenheit zu geben, in ihrem Stadtrat Anträge zu formulieren, die dann zu diskutieren, zu verteidigen und letztlich dann auch einen Antrag zu formulieren, der mehrheitlich von den Jugendlichen beschlossen wird und dann auch in den echten Stadtrat eingebracht wird. Wichtig beim Projekt 'Jugend entscheidet' ist, dass Jugendliche Demokratie lernen und auch an politische Beteiligungsformate herangeführt werden, sie kennenlernen und ihnen dadurch auch gezeigt wird, wie sie aktiver Bestandteil der Gesellschaft in der Stadt werden können. Sie müssen selbst die Argumente zusammensuchen. Sie müssen sie auf Finanzierbarkeit und Realisierungsfähigkeit spiegeln. Und zum Schluss den Stadtrat dazu bewegen, dieser Argumentation und diesem Projekt zu folgen. Garantiert ist das nicht. Allerdings wünschen wir uns an dieser Stelle selbstverständlich, dass die Jugendlichen mit einem positiven Gefühl rausgehen. Und das tun sie selbstverständlich dann, wenn sie sehen, dass aus ihrer Idee auch tatsächlich was wird. Aber auf der anderen Seite versprechen wir uns ehrlicherweise neben neuen Impulsen seitens der Jugendlichen auch die Abbildung der jugendlichen Interessen bei Entscheidungsfindungen für all das, was im Stadtrat dann tatsächlich auch stattfindet. Überraschenderweise ist es so, dass da eine sehr abgeklärte Diskussion stattgefunden hat in den Runden, in denen sich die Jugendlichen bis jetzt getroffen und die Themen erarbeitet haben. In der Diskussion unter den Jugendlichen wurden verschiedene Ideen gesammelt. Eine der Ideen war, Tablets zur Verfügung zu stellen für jede Schule und für jeden Schüler. Und dann wurde darüber diskutiert. Jetzt behaupte ich mal, dass jeder Erwachsene und jeder Stadtrat darauf gewettet hätte, dass dieser Antrag durchläuft (lacht). Das Gegenteil war der Fall. Argumentativ wurde der Antrag in der Gestalt abgelehnt, dass die Schulen doch im weitesten Sinn eine ausreichende Infrastruktur hätten und dass jeder privat eigentlich über ein smartes Gerät verfügt und dass das Ganze unter den Finanzierungsaspekten als durchaus kritisch bewertet wird. Genau das zeigt, dass hier durchaus alles ein bisschen anders ist als man es sich am Anfang erwartet hätte. Und mit dem Beispiel wird aus meiner Sicht klar, dass wir in der Verwaltung und in der Politik schon meinen, öfter was Gutes zu tun - aus scheinbar politischem oder

gesellschaftlichen Druck heraus - dass aber die Sicht der Betroffenen, in dem Fall der Jugendlichen, oftmals eine ganz andere ist. Oder zumindest differenzierter als wir es annehmen. Und deshalb macht es in jedem Fall Sinn, verschiedene Gruppen in die Entscheidungsfindung mit einzubeziehen. Ich will nicht sagen, sowas muss erlernt werden. Aber zumindest mal eine gewisse Aufgeschlossenheit, Jugendliche anzuhören und mit ihnen gemeinsam zu arbeiten, das muss schon vorhanden sein. Wir haben es aber tatsächlich geschafft, die Verwaltung zu überzeugen. Und das war gar nicht so schwierig, weil es genügend Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung gibt, die natürlich auch eigene Kinder haben. Außerdem haben sie dann im Prozess selbst erfahren dürfen, dass die Arbeit mit Jugendlichen und unter der Beteiligung vieler verschiedener Akteure eine durchaus erfrischende Abwechslung zum normalen Arbeitsalltag sein kann.

[12:08]

**„Wenn ich Kinder- und Jugendbeteiligung ordentlich machen will, muss ich Macht abgeben. Aber die Verantwortung kann ich nicht abgeben.“**

**Annegret Richter:** Wir haben es gerade gehört. Beteiligung von jungen Menschen führt zu mehr Legitimation und einem gestärkten demokratischen Miteinander in den Kommunen. Herr Roeder, dennoch findet in vielen Kommunen Partizipation von Kindern und Jugendlichen gar nicht erst statt, obwohl es einige gute Praxisbeispiele und auch zahlreiche Unterstützungsangebote für Kommunen gibt. Was sind denn die häufigsten Gründe dafür und was läuft da falsch?

[12:39]

**Carsten Roeder:** Ich muss ganz ehrlich sagen, dass ich keine Kenntnis von aktuellen Untersuchungen habe, in wie vielen Kommunen was, wo, wie, wann stattfindet. Das mit dem falsch und richtig ist ohnehin eine schwierige Sache. Ich will mal damit anfangen: Wir haben bei uns in den Bereichen, die sich schon lange mit Beteiligung befassen, durchaus Qualitätskriterien, die festhalten, wie gute Beteiligung läuft. Die sind aktuell auch sogar in der Überarbeitung durch das Bundesjugendministerium. Das Problem ist: Die kennt kaum ein Mensch. Das heißt,

wenn es falsch stattfindet, dann einfach auch deshalb, weil die Wenigsten die Qualitätskriterien wirklich kennen und wissen, was sie bedeuten. Das ist natürlich klar. Wenn ich versuche, bei mir ein Möbelstück zu bauen und gar nicht weiß, wie ich mit der Säge umgehen soll, dann wird das Brett immer kürzer, so häufig ich auch daran säge. Das wird also nichts. Die Frage ist vielleicht etwas später nochmal zu klären: Wie kommt man dahin, das trotzdem zu bewerkstelligen. Das zweite Problem, weshalb das so wenig stattfinden könnte, ist, dass viele Entscheider und Entscheiderinnen Sorge vor falschen Versprechungen haben. Also, wenn ich jetzt quasi sage: „Hey, ich beteilige euch.“ Dann erwarten die Kinder und Jugendlichen gleich, dass das gemacht werden soll, was sie sich auch wünschen. Und jetzt stellt natürlich derjenige fest: „Oh Gott, die werden sich wer weiß was wünschen. Das können wir uns nicht leisten. Oder das wollen wir nicht.“ Und dann müssten wir ihnen im Nachhinein sagen, dass es doch nichts wird. Und dann sind alle enttäuscht. Daran ist leider auch diese ganze Beteiligungsszene schuld, die nämlich eine ganze Zeit lang immer behauptet hat, Beteiligung dürfte man nur machen, wenn auch sicher sei, dass die Wünsche der Jugendlichen umgesetzt werden können. Was ja vom demokratischen Ansatz her schon mal Quatsch ist. Deswegen habe ich Sorge vor falschen Versprechungen. Dann muss man aber unter Umständen auch mit ihnen sprechen. Ein weiterer Punkt, weshalb es dieses Problem gibt: Wenn ich Kinder- und Jugendbeteiligung ordentlich machen will, muss ich Macht abgeben. Aber die Verantwortung kann ich nicht abgeben. Ich kann die Macht abgeben zu entscheiden, wie es auf dem Spielplatz aussieht. Aber die Verantwortung der Verkehrsordnungspflicht bleibt bei mir. Das fällt nicht leicht. Die dritte Geschichte ist - und das ist leider in allen demokratischen, plebiszitären Verfahren der Fall -, häufig fehlt die Legitimität der Kinder und Jugendlichen. Wenn ich 30 männliche Skater habe, die eine Skate-Anlage haben wollen, dann kann ich mit denen noch so viel Beteiligung machen. Das ist kein repräsentativer Durchschnitt der Jugendlichen meines Ortes. Und im Übrigen: Wo sind die Mädels? Fehlende Legitimität ist ein echtes Problem, sodass man sagt, Mensch, was mache ich denn jetzt? Wie höre ich nur auf das, was die kleine, aber laute Minderheit sagt? Das sind die Hauptgründe. Was überhaupt kein Grund ist - und da muss ich ihrer

Anmoderation widersprechen - ist Geldmangel. Geld ist nicht das Problem. Zeitmangel schon. Demokratisierung kostet immer ein bisschen Zeit. Dann kriegt man die Dinge nicht schnell hin. Aber in Bürokratien mit den Sachen zu schnell zu sein, ist sowieso nicht unser Problem. Geldmangel ist, glaube ich, nie das Problem.

[15:30]

**Annegret Richter:** Es ist gut, dass Sie das nochmal ansprechen, Herr Roeder. So kann sich ja nun niemand hinter dem Geld verstecken. Sie haben ja gesagt, es existieren Qualitätskriterien, die man kennen muss. Man darf keine falschen Versprechungen machen. Man muss trotzdem die Verantwortung bei sich in der Kommune behalten und auch die Legitimität der Kinder und Jugendlichen muss natürlich geklärt sein. Wie machen Sie das denn in Itzehoe, dass das auch als gute Kinder- und Jugendbeteiligung in der Kommune ankommt? Hilft es da, wenn es eine Person auf dem Tisch hat?

[15:59]

**Carsten Roeder:** Da muss ich Sie leider bitten zu differenzieren. Ich bin zwar sehr erfahren, was das Thema Kinder- und Jugendbeteiligung angeht. Aber daraus zu schließen, dass in Itzehoe alles im Bereich Kinder- und Jugendbeteiligung ideal liefere, wäre doch ein wenig hanebüchen. Es reicht nicht, dass eine Person das auf dem Tisch hat, wie Sie so schön formulierten. Sondern es müssen viele Personen sein, die das miteinander machen. Was bei uns ganz gut läuft, ist das schon seit 1994 satzungsgemäß festgelegte Jugendparlament. Wir müssen demnächst auch wieder wählen. Unter Pädagogen wurde jahrelang immer gesagt, diese Parlamente seien eigentlich nur die Fortsetzung der Erwachsenenbeteiligungsform und das wollen die Jugendlichen nicht. Das stimmt zum Teil auch. Nichtsdestotrotz gibt es viele Jugendliche, die sich das genau so wünschen und damit arbeiten können. Und dieses Jugendparlament ist durch eine Satzung festgelegt und dadurch fest verbrieft. Das hat Möglichkeiten von Rede- und Antragsrecht. Das hat eigenes Geld. Das kann eine eigene Öffentlichkeitsarbeit betreiben und so weiter. So haben wir das seit langen Jahren. Ich hatte schon mal die Geschichte erzählt, dass unser Haus der Jugend nach zehnjähriger, langer Diskussion an dem Ort gelandet ist, an dem die Jugendlichen es 2008 schon haben wollten. Und zwar weil

auch 2018 das Jugendparlament - das vierte in Folge, wohl gemerkt - immer noch dafür gekämpft hat. Das macht keine Initiative. Das macht nur ein System. Das ist sicherlich etwas, das bei uns ganz gut läuft. Der zweite Punkt ist langer Atem. Auch dafür gibt es ein schönes Beispiel: Wir haben aktuell bei uns in Itzehoe eine neue Abteilungsleitung der Stadtplanung. Diese Abteilungsleitung der Stadtplanung ist sehr interessiert an Kinder- und Jugendbeteiligung im Rahmen von Stadtentwicklung, von Wohngebietsplanung und allem Drum und Dran. Nicht, dass die Vorgängerin das nicht auch gewesen wäre. Aber sie ist besonders interessiert. Denn sie war damals schon bei mir im Jugendparlament. Wenn man also selber die Erfahrung gemacht hat, aus dem Jugendparlament heraus etwas bewirkt zu haben, gehört zu werden, dann irgendwann im Regionalmanagement zu landen und dann wieder zurückzukommen zur Stadt - dann steht man dem Ganzen anders gegenüber und sagt „Das finden wir gut.“ Aber ich rede ja jetzt gerade von Personen. Das dürfen wir nicht vergessen.

[18:04]

**Annegret Richter:** Sie haben gerade das Jugendparlament angesprochen. Wäre das etwas, was andere Städte relativ unproblematisch auch implementieren könnten? Also, wo sie sich von den Erfahrungen, die schon gemacht wurden, zum Beispiel bei Ihnen in Itzehoe, inspirieren lassen könnten und das dann übernehmen?

[18:20]

**Carsten Roeder:** Ein Jugendparlament ist keine einfache Sache. Nein, das ist ein weiteres Gremium. Vor vielen Jahren fragte ich mich, warum kostet dieses Jugendparlament so viel Verwaltungsarbeit? Und da hat ein Kollege, der mittlerweile in Rente ist, zu mir gesagt, ich solle mir einfach mal die Ratsversammlung der Stadt Itzehoe vorstellen. Die Verwaltung schreibt keine Einladung, schreibt kein Protokoll und stellt auch keine Getränke hin. Sie schließt auch den Raum nicht auf und macht nichts weiter in der Form. Wie lange würde es wohl dauern bis irgendjemand merkt, dass keine Ratsversammlung mehr stattfinden? Ein Jugendparlament braucht also genauso viel Verwaltungsbetreuung. Keine pädagogische, die nicht unbedingt. Aber Verwaltungsbetreuung wie jedes andere Gremium auch. Und damit ist es nicht ganz einfach. Der zweite Punkt ist eine

juristische Frage: Es muss so eingebunden sein, dass das, was dort entschieden wird, auch tatsächlich in die Entscheidungswege der Politik mit hineinläuft. So muss es natürlich formal über die Satzung eingebunden sein und das ist dann schon etwas, was man bedenken muss. Aber die meisten Städte haben Justiziare oder entsprechende Rechtsberatung. Ein Jugendparlament kostet auch Zeit. Wir haben gute Beispiele in Schleswig-Holstein, so wie Ahrensburg. Da heißt es nur Jugendbeirat. Aber es ist letztendlich alles das Gleiche. Die werden von einer Vollstelle mit 30 Stunden, glaube ich, betreut. Das ist schon eine vernünftige Sache und die kostet ihre Zeit. Das ist nicht einfach.

[19:43]

**„Wir haben in unserer Gesellschaft immer noch eine Objektrichtung auf Kinder. Sie sind also Objekte unserer pädagogischen oder politischen Begierden und nicht Subjekte des Handelns. Das ist ein Problem.“**

**Annegret Richter:** Sie haben davon gesprochen, dass es eben auch eine Verwaltung braucht, die dann zum Beispiel die Jugendlichen und die Kinder mitbetreut. Damit ihre Mitbeteiligung richtig genutzt werden kann und in die richtigen Wege geleitet wird und eben auch alles an die Politik gebracht werden kann. Ist das vielleicht ein Problem, dass die Verwaltung als gewachsene Kultur oft etwas ist, wo Kinder und Jugendliche gar nicht vorkommen und es deshalb schwieriger ist, das Ganze zu implementieren? Muss denn einfach das Interesse an Kinder- und Jugendbeteiligung innerhalb der Verwaltung einfach einen anderen Stellenwert einnehmen?

[20:17]

**Carsten Roeder:** Wir haben hierbei zwei Faktoren: Einmal werden Kinder und Jugendliche von vielen Menschen eben als das gesehen, was sie rein rechtlich noch sind: Also, als Unmündige, die das ja noch gar nicht können. Unser Bildungssystem, insbesondere unser Schulsystem ist nicht ganz unschuldig daran. Wir haben in unserer Gesellschaft immer noch eine Objektrichtung auf Kinder. Sie sind also Objekte unserer pädagogischen oder politischen Begierden und nicht Subjekte des Handelns. Das ist ein Problem. Das zweite Problem ist aber ein ganz anderes: Verwaltung. In Verwaltung finden nicht nur Kinder

und Jugendliche, sondern auch der Bürger und die Bürgerin als Kooperationspartner eigentlich nicht statt. Ich arbeite seit langen Jahrzehnten in der Verwaltung. Wir sind alle im Rahmen der öffentlichen Reformverwaltung ausgebildet worden, der Bürger ist Kunde und wir sind Dienstleistung. Wir verkaufen also etwas - eine Leistung. Vielleicht auch eine Leistung, die der Bürger gar nicht will. Wenn es mal wieder ein Knöllchen beim Falschparken ist. Aber wir sind Dienstleister. Wenn ich jetzt aber Beteiligung will, dann ist das keine Dienstleistung, sondern es ist ein Kooperationsverhältnis. Dann kann ich ohne den Bürger oder die Bürgerin nicht - und die kann ohne mich nicht. Das müssen wir gemeinsam bereden. Und das lernt Verwaltung nach und nach. Zunehmend haben Verwaltungen Bürgerbeteiligungsbeauftragte, manchmal auch Kinder- und Jugendbeteiligungsbeauftragte. Aber dass man es hinkriegt, Kinder und Jugendliche und Bürger und Bürgerinnen auch als Kooperationspartner zu sehen und dass sie sich vor allem selbst auch so sehen, da wird noch einige Zeit ins Land gehen. Seit 1919 haben wir das Wahlrecht für Frauen und wir reden heute immer noch nicht davon, dass es eine Gleichberechtigung gibt.

[21:52]

**Annegret Richter:** Da haben Sie Recht. Und Sie haben auch gerade eben davon gesprochen, dass es immer Verantwortliche braucht, die genau diese Kooperation zwischen Kindern und Jugendlichen und der Verwaltung managen. Nicht nur zum Jugendparlament hin. Auch zu direkten Interessensgruppen zum Beispiel. Wie können denn Verwaltung und Politik sicherstellen, dass Kinder- und Jugendbeteiligung in ihrer Kommune mehr als nur ein Strohhalm ist oder bleibt? Wie kann es denn langfristig in den Kommunen verankert werden? Das Jugendparlament ist sicherlich eine Form. Aber welche relativ gut umsetzbaren Möglichkeiten gibt es noch, die Ihnen zum Beispiel aus Itzehoe oder anderen Kommunen einfallen?

[22:32]

**Carsten Roeder:** Was sicherlich wirkt, ist eine entsprechende Dienstvereinbarung. Verwaltungen sind ja nun mal so geprägt, dass sie Dienstvereinbarungen haben. Wir haben bei uns die ADGA, die Allgemeine Dienst- und Geschäftsordnung. Warum also nicht auch eine Partizipatorische Dienst- und

Geschäftsanordnung, der wir alle zu folgen haben? Die muss in der Verwaltung natürlich von oben nach unten durchdekliniert werden. Sie wird von der Geschäftsführung beschlossen, weitergegeben und auch kontrolliert. So arbeiten wir in Verwaltungen. Wir kriegen Richtlinien. Wir kriegen Anweisungen. Wir kriegen Anforderungen. Und führen diese qualitativ hochwertig aus, sofern wir dazu in der Ausbildung sind. Das wäre die erste Geschichte. Das kann so eine Satzung für das Jugendparlament darstellen. Es müsste aber noch mehr sein. Wirklich so etwas wie ein Verwaltungsleitfaden „Kinder- und Jugendbeteiligung“. Flensburg hat mal einen entwickelt. Der ist aber nicht von oben nach unten durchdekliniert worden. Dann bleibt sowas ein Papier. Die zweite Geschichte ist - jetzt sind wir wieder bei den Menschen – die Existenz von Beteiligungsfachkräften. Aber nicht nur einer in jeder Stadt, das wäre zu dünn. Das ist wie ein einsamer Inklusionsbeauftragter oder eine einsame Gleichstellungsbeauftragte. Man bräuchte sie überall. In den verschiedensten Abteilungen. Die Stadtplanung habe ich schon genannt, aber es gibt noch mehr Abteilungen, die alle eine Rolle spielen. Die brauchen entsprechende Kenntnisse, eben Beteiligungsfachkräfte. Im Idealfall nicht nur Menschen, die wissen, wie es geht. Sondern Menschen, die auch wollen, dass es so geht. Also Kompetenzen, das Wollen, Können und Müssen. Und in Schleswig-Holstein bilden wir die aus. Das Deutsche Kinderhilfswerk bildet sie auch aus. Die dritte Geschichte, die ganz wichtig ist, ist ein aktives Netzwerk. Wenn die alle alleine vor sich hinarbeiten, dann werden sie verfrühstückt. Das erfordert ein lokales Netzwerk, in dem man sich gegenseitig auch mal ein bisschen unterstützt. Ich arbeite seit 20 Jahren daran. Es ist nicht einfach. Eine Sache, die, wie ich festgestellt habe, zur Meinungsfestlegung sehr hilfreich ist, ist das *ceterum censeo*. Immer wieder einem Mantra ähnlich das Gleiche zu wiederholen. So kommt mir zum Beispiel das Wort Kinder- und Jugendbeteiligung nicht mehr ohne das Attribut *gesetzlich vorgeschriebene* Kinder- und Jugendbeteiligung von den Lippen. Ich sage das auch nur noch so. Auf diese Art und Weise wird irgendwann auch mal klarer, dass das nichts ist, was man sich wünscht oder was *nice to have* wäre, sondern eben gesetzlich vorgeschrieben ist. So könnte das alles ein bisschen Wirkung entfalten.

[24:50]

**Annegret Richter:** Das heißt also, man muss wirklich richtige Strukturen in der Verwaltung schaffen, in denen dann gearbeitet werden kann. Von der Dienstvereinbarung über Menschen in verschiedenen Abteilungen und Positionen bis hin zu einem lokalen Netzwerk. Damit dann eben die Informationen geteilt werden. Ohne funktioniert das alles nicht?

[25:07]

**Carsten Roeder:** In Verwaltung gibt es immer die Grundsatzfrage, bin ich überhaupt zuständig? Und zweitens, auf welcher gesetzlichen Grundlage muss ich das machen? Und wenn diese nicht klar ist und auch die darunterliegende Richtlinie nicht klar ist oder die Durchführungsverordnung nicht klar ist, dann suche ich mir das aus. Dann gucke ich, ob das wirklich wichtig ist oder nicht. Wir haben bei uns in Schleswig-Holstein, was Kinder- und Jugendbeteiligung im kommunalen Recht angeht, eine sogenannte Muss-Regelung in der Gemeindeordnung. Die ist sehr gut. Da kommen wir nicht raus aus der Nummer. Was die Durchführung angeht: Eine Durchführungsverordnung oder eine Richtlinie hat das Land nicht gemacht. Gut, da haben sie auch ein bisschen Angst vor Konnexität. Aber an der Stelle wird es wieder ein bisschen breiter. Und diejenigen, die das wirklich wichtig finden, die sagen, das sei ein totales Thema, das müssen wir ordentlich machen. Das sind in Schleswig-Holstein mehrere Städte. Die machen das dann. Und diejenigen, die es vielleicht nicht so wichtig finden, die haben den Freiraum, sich anders zu entscheiden. Und so sollte Verwaltung - so habe ich es mal gelernt - eigentlich nicht arbeiten.

[26:08]

**Annegret Richter:** Herr Roeder, bedeutet das klare gesetzlich vorgeschriebene Anweisungen, auf denen gearbeitet wird, damit es keine Spielräume gibt, was ausgelassen werden kann?

[26:19]

**Carsten Roeder:** Damit zumindest die Qualität nicht dem Spielraum des Ermessens unterlegt.

[26:23]

**Annegret Richter:** Das klingt gut. Kommen wir zuletzt noch zu einem Punkt, der sicherlich alle interessiert, die selbst Beteiligungsprozesse für Kinder und Jugendliche anschieben wollen. Mit welcher Haltung

sollte man denn an dieses Thema rangehen, Herr Roeder?

[26:36]

**Carsten Roeder:** Der Artikel 12 der UN-Kinderrechtskonvention sichert den Kindern das Recht, gehört zu werden. Und das bedeutet in meiner Rechtsauffassung nicht nur, dass wir da sind und zuhören, falls sie etwas sagen. Sondern das bedeutet, dass wir als Erwachsene auch die Pflicht haben, sie proaktiv nach ihrer Meinung zu fragen. Insofern sehe ich Beteiligung natürlich auch als das Zulassen von Initiativen. Aber vor allen Dingen, aktiv auf die Jugendlichen zuzugehen und zu sagen: „Ich will deine Meinung, ich will deine Wertung, ich möchte deine Ideen haben, aber auch deine Kritik. Ich bin hoch interessiert, was du mir zu sagen hast, weil das uns allen dabei helfen wird, es besser zu machen. Und mit der Hoffnung, dass du das - wenn du in 30 Jahren meinen Job hast - dann irgendwann genauso mit deinen Kindern und Enkelkindern machst.“ Denn das ist der Hintergrund des Ganzen.

[27:31]

*„Wenn wir offen fragen, kriegen wir offene Antworten [...] In dem Moment, in dem ich mit Kindern und Jugendlichen zusammensitze, wird mit einer Ernsthaftigkeit und Verbindlichkeit diskutiert, die ich mir manchmal von Erwachsenen wünschen würde.“*

**Annegret Richter:** Gibt es mit Blick auf die Haltung der Kommune vielleicht einen Punkt, den Sie noch stärker herausbringen wollen, damit es wirklich funktioniert?

[27:38]

**Carsten Roeder:** Risikobereitschaft mit viel Zuversicht. (lacht) Wenn Sie ernste Beteiligung machen wollen, dann wissen Sie nicht, was hinten dabei rauskommt. Das können sie nicht wissen. Das wäre ja auch fatal. Und insofern müssen Sie eine gewisse Bereitschaft auf Risiko haben. Denn es könnte etwas dabei rauskommen, mit dem sie sich auseinandersetzen müssen und sagen: „Oh Gott, das finde ich jetzt aber störend.“ Gleichzeitig bedeutet eine Risikobereitschaft, Zuversicht zu haben und Vertrauen in die Kompetenz von Kindern und Jugendlichen. Also die Grundannahme, dass die ganz viel können.

Und das wiederum fällt einem am leichtesten, wenn man viele Beteiligungsprojekte gemacht hat. Ich habe schon hunderte Beteiligungsprojekte gemacht und sehe immer grundsätzlich sehr sinnvolle Vorschläge. Völlig egal, ob es um Kindergartenkinder geht, die ein ganzes Wohngebiet beplanen oder 17- oder 18-Jährige, die die Innenstadt mit beplanen. Die Ergebnisse sind immer ein bisschen kreativer als das, was von den Erwachsenen kommt. Im Übrigen: Je jünger die Kinder, desto kreativer. Und immer sehr, sehr hilfreich. Ich habe noch nie erlebt, dass das, was dabei rausgekommen ist, uns in irgendeine Problematik geführt hat. Immer wieder kommt irgendjemand und sagt: „Wenn wir aber so ganz offen fragen, dann könnte es ja auch sein, dass jemand etwas politisch Inkorrekt sagt. Antisemitisch oder rassistisch.“ Da sage ich: „Ja, das könnte sein. Wenn wir offen fragen, kriegen wir offene Antworten.“ Ich mache, wie gesagt, seit über 20 Jahren Beteiligungsprojekte. Es ist noch nie passiert. Das passiert täglich wahrscheinlich auf Facebook und in den verschiedensten Twitter-Geschichten, wo die Leute anonym kommentieren können. In dem Moment, in dem ich mit Kindern und Jugendlichen zusammensitze, wird mit einer Ernsthaftigkeit und Verbindlichkeit diskutiert, die ich mir manchmal von Erwachsenen wünschen würde. Und die gibt mir die Zuversicht und das Vertrauen, risikobereit zu sein und zu sagen: Wir machen das jetzt so gemeinsam. Notfalls muss ich die Dinge nachher auch anders machen, als ich sie mir gedacht habe. Aber dann werden sie nur besser.

[29:29]

**Annegret Richter:** Dann kommen wir auch zu dem, was Sie zu Beginn schon gesagt haben. Nämlich, dass es Jugendlichen und Kindern guttut, wenn sie das Gefühl haben, gehört zu werden und auch etwas bewirken zu können, das dann aktiv in der Kommune umgesetzt wird. Und das macht sie im besten Fall auch zu besseren Bürgerinnen und Bürgern und zu Menschen, die später die Kommune aktiv mitgestalten werden.

[29:49]

**Carsten Roeder:** Vor allen Dingen merken sie, dass die Macht, die Erwachsene oder auch Entscheidungsträger:innen haben, immer nur eine Macht auf Zeit ist.

[30:00]

**Annegret Richter:** Das sagt Carsten Roeder. Er ist Leiter des Kinder- und Jugendbüros in der Kommune Itzehoe.

Ausgaben mehr. Und die nächste gibt es schon in zwei Wochen. Bis dahin! Wir hören uns.

[30:07]

---

### **PRAXIS TIPP**

**Annegret Richter:** Wenn Sie in Ihrer Kommune Kinder- und Jugendbeteiligung verankern wollen, dann fangen Sie am besten mit direkter Kommunikation an. Fragen Sie Ihr Team oder Ihre Vorgesetzten, welche möglichen Benefits Sie von Kinder- und Jugendbeteiligung für Ihre eigene Arbeit oder die Kommune erwarten. Damit verankern Sie das Thema positiv. Legen Sie sich am besten vorab drei Argumente für Kinder- und Jugendbeteiligung zu recht. Damit treiben Sie dann die Diskussion weiter voran. Und an dieser Stelle sage ich danke, lieber Herr Roeder. Danke, dass Sie bei uns waren und danke für unser aufschlussreiches Gespräch.

In der nächsten Episode von *Der Kommunen-Podcast – Zukunftsthemen für kommunale Gestalter:innen*, werden wir einen genaueren Blick darauf werfen, wie echte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gelingen kann. Welche Formate sind sinnvoll? Wann sollte man aufhören, über Formate nachzudenken? Wo hört Scheinbeteiligung auf und wo fängt echte Beteiligung an? Diese und andere Fragen bespreche ich dann mit meinem Gast Anikó Popella von der deutschen Kinder- und Jugendstiftung. In unserer Rubrik *Nachgefragt* werden zwei Mitglieder des Jugendrats Münster ein kurzes Schlaglicht aus ihren eigenen Erfahrungen geben. Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie dann wieder Reinhören.

Der Kommunenpodcast ist ein Podcast von Kommune 360 Grad, einer Initiative der gemeinnützigen PHINEO gAG, der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung und der Auridis-Stiftung. Wenn Sie mögen, dann abonnieren Sie ihn doch gerne. Das können Sie überall dort tun, wo es gute Podcasts gibt. Zum Beispiel bei Spotify, Apple Podcast oder Google Podcast. Suchen Sie dort einfach nach „Der Kommunen-Podcast“, klicken Sie dann auf **Folgen** oder **Abonnieren** und Sie verpassen keine der kommenden